

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Arnold Schmitt (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

### Einführung eines Wasserentnahmeentgelts

Die **Kleine Anfrage 502** vom 9. Dezember 2011 hat folgenden Wortlaut:

Wie dem aktuellen Haushaltsentwurf der Landesregierung zu entnehmen ist, soll für den Veranlagungszeitraum 2012 ein Wasserentnahmeentgelt erhoben werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie erklärt die Landesregierung, dass sich einzelne Titel des Haushaltsentwurfs bereits auf bestimmte Paragraphen eines Wasserentnahmeentgeltgesetzes beziehen, ohne dass der entsprechende Gesetzentwurf dem Landtag vorliegt, geschweige denn, dass er beraten oder ein Gesetzesbeschluss gefasst worden ist?
2. Welche Belastungen sind im Einzelnen vorgesehen, um die angesetzten Einnahmen von 20 Mio. Euro für den Veranlagungszeitraum 2012 zu erzielen?
3. Wer wird insbesondere belastet?
4. Warum ist nicht rechtzeitig durch Einsparungen dafür gesorgt worden, dass die Mittel bereitstehen, die das Wasserentnahmeentgelt jetzt für die genannten Zwecke einbringen soll?

Das **Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 21. Dezember 2011 wie folgt beantwortet:

Das geplante Wasserentnahmeentgelt soll nach seiner gesetzlichen Zweckbindung ausschließlich zum Schutz rheinland-pfälzischer Gewässer verwendet werden. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) aus dem Jahr 2000 macht den Schutz und die Sanierung europäischer Gewässer verpflichtend zur Auflage. Nach den verbindlichen Maßnahmenprogrammen sind allein bis zum Jahr 2015 rund 420 Mio. Euro in den Gewässerschutz zu investieren. Daneben hat das Land bis 2015 weitere wichtige wasserwirtschaftliche Aufgaben zu bewältigen, so etwa bei der Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes mit rund 175 Mio. Euro, bei der Abwasserbe-  
seitigung mit rund 130 Mio. Euro sowie bei Ausbau und Optimierung der Wasserversorgungsinfrastruktur rund 150 Mio. Euro. Darüber hinaus wird in den kommenden Jahren die Sanierung schadhafter Kanäle mit etwa einer Mrd. Euro zu finanzieren sein.

Rheinland-Pfalz wird das dreizehnte von sechzehn Bundesländern sein, die ein Wasserentnahmeentgelt erheben. Der Gesetzentwurf befindet sich derzeit in der öffentlichen Anhörung und kann im Internet unter [www.wasser.rlp.de](http://www.wasser.rlp.de) eingesehen werden.

Zu Frage 1:

Die Veranschlagung des Kapitels 14 13 erfolgte unter Berücksichtigung des Fälligkeitsprinzips nach § 11 LHO. Dabei kommt es nicht darauf an, ob bereits eine gesetzliche Grundlage zur Erhebung des Wasserentnahmeentgelts verabschiedet ist. Mit Blick auf das haushaltsrechtliche Transparenzgebot wurden Zweckbestimmungen und Erläuterungen im Kapitel 14 13 entsprechend dem seinerzeitigen Stand des Gesetzentwurfes abgefasst. Der Ministerrat hat auf der Basis des am 20. September 2011 von Frau Ministerin Höfken erstatteten Sachstandsberichts zum Wassercent den Gesetzentwurf zum Wasserentnahmeentgelt am 6. Dezember 2011 grundsätzlich gebilligt. Gegenwärtig ist davon auszugehen, dass das Gesetz in der ersten Jahreshälfte 2012 verabschiedet wird.

b. w.

Zu den Fragen 2 und 3:

Der Gesetzentwurf sieht ein einfaches Veranlagungsmodell mit drei unterschiedlichen Entgeltsätzen vor. So sollen – pro Kubikmeter – sechs Cent für Entnahmen aus dem Grundwasser, 2,4 Cent für Entnahmen aus oberirdischen Gewässern sowie ein Cent für Entnahmen zur Kühlwassernutzung (Durchlaufkühlung) und zur Aufbereitung von Bodenschätzen (z. B. Kieswäsche) anfallen. Der Gesetzentwurf sieht zudem großzügige Bagatellgrenzen zur Beschränkung des Verwaltungsaufwandes sowie sinnvolle Verrechnungsmöglichkeiten für bestimmte gewässerschützende Maßnahmen vor. Für die Bürgerinnen und Bürger entstehen finanzielle Belastungen in Höhe von rund 3 Euro pro Person und Jahr. Die Belastung von Gewerbe und Industrie ist abhängig vom Umfang der Wasserentnahmen.

Entgeltpflichtig werden etwa 230 Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung sowie 300 bis 400 gewerblich-industrielle Unternehmen. Hieraus folgt nach derzeitigem Kenntnisstand ein geschätztes jährliches Entgeltaufkommen von ca. 20 Mio. Euro, das sich – je nach Verrechnungsmöglichkeit – etwa hälftig auf die öffentliche Wasserversorgung und die industriell-gewerblichen Unternehmen verteilt.

Zu Frage 4:

Auch nachfolgenden Generationen muss Wasser in guter Qualität und ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Die Funktion eines Wasserentnahmeentgelts erschöpft sich daher nicht in der Finanzierung wasserwirtschaftlicher Aufgaben, sondern umfasst auch eine ökologische Lenkungswirkung im Hinblick auf einen verantwortungsbewussten und nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser.

Die Sicherung und Fortführung der finanziellen Förderung der kommunalen Maßnahmeträger der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung ist unerlässlich, um gerade in den ländlichen Räumen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auch weiterhin vertretbare Wasser- und Abwasserentgelte zu gewährleisten, aber auch, um die wasserwirtschaftliche Infrastruktur in Rheinland-Pfalz mit einem Anlagenvermögen von insgesamt über 10 Mrd. Euro instandzuhalten. Dies allein erfordert bereits Investitionen von rund 200 Mio. Euro pro Jahr. Die finanzielle Förderung der kommunalen Maßnahmeträger kommt den Benutzerinnen und Benutzern der wasserwirtschaftlichen Einrichtungen unmittelbar zugute. Das Wasserentnahmeentgelt trägt zu einer Verstärkung der Finanzausstattung bei.

Ulrike Höfken  
Staatsministerin